

Vorlagennummer: E 42/0216/WP18
Öffentlichkeitsstatus: öffentlich
Datum: 14.11.2024

Tagesordnungsantrag der Fraktion DIE Zukunft:
"Tendenzen Jugendlicher zu extremen Parteien, insbesondere zur AfD"
Fokus: "Was kann getan werden, das noch nicht getan wird?!"

Vorlageart: Kenntnisnahme
Federführende Dienststelle: E 42 - Volkshochschule
Beteiligte Dienststellen:
Verfasst von:

Beratungsfolge:

Datum	Gremium	Zuständigkeit
-------	---------	---------------

Erläuterungen:

Der Tagesordnungsantrag befindet sich im Anhang.
Es wird mündlich berichtet.

Anlage/n:

1 - TO_Antrag_VHS_DIEZukunft (öffentlich)

Ausschussvorsitzender
Johannes Hucke
Verwaltungsgebäude am Katschhof
52058 Aachen



Fraktion DIE Zukunft im Rat
der Stadt Aachen
Johannes-Paul.II-Str. 1
52058 Aachen

Aachen, 09.07.2024

Tagesordnungsantrag

Sehr geehrter Herr Hucke,

hiermit möchten wir bitte folgendes Thema auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Betriebsausschusses VHS setzen lassen:

**„Tendenzen Jugendlicher zu extremen Parteien, insbesondere zur AfD“
Fokus: „Was kann getan werden, das noch nicht getan wird?!“**

Folgende Beobachtungen/Einordnungen könnten thematisch einer Berücksichtigung bei der Erörterung des Themas förderlich sein:

- Im Umfeld der Europawahl, abzusehen auch bei anstehenden Landtagswahlen und weitere europäischen Wahlen fällt, auf, dass ausgerechnet junge Menschen zwischen 16 und 24 Jahren relativ häufig solche extremistischen Parteien wählen. Obschon doch eigentlich gerade jenen besonders die Belastbarkeit einer freiheitlich-rechtsstaatlichen Ordnung für ihren noch relativ langen Zukunftshorizont bewusst sein könnte/ sollte, scheint sich dies nur teilweise in Wahlstimmvergaben niederzuschlagen.
- Weder ist das Problem „neu“ noch „unbehandelt“ – um so mehr sollte aufhorchen lassen, dass der Trend sich nicht zuverlässig entlang erwünschter Ergebnisse bewegt.

1. **Warum gehört diese Thema (auch) in den Betriebsausschuss der VHS?**

Welche Aktivitäten auch immer sich als zielführend in gemeinsamer Diskussion ergeben könnten – sie brauchen eine **Plattform, die möglichst wenig ‚parteilich‘** ist.

Ebenso ist ein hohes **Erfahrungswissen im Umgang mit Bildungsherausforderungen** jenseits etablierter (z.B. schulischer) Formate relevant.

Schließlich ist die Thematik der Berührung zwischen Menschen mit und Menschen ohne Migrationsgeschichte ein Teil der Konfrontations-, ‚Masse‘, zumindest seitens extremistischer Bewegungen, und das College der VHS erscheint hier als ein realer Erfahrungspunkt, der gegebenenfalls eine **authentische Legitimität für Schlüssel-Argumente liefert**.

2. **Zielstellung für die Diskussion:**

Seitens vieler Akteure besteht erkennbar Bewusstsein für die Problematik, und es besteht ein gewisser Pluralismus von „Angeboten“, die auf die betroffenen Personen bewusstseins-erweiternd wirken sollen und wohl auch würden – nur **nehmen diese eben sehr oft diese Angebote nicht wahr**

Gewohnte Paradigmen, unter Anderem bezüglich der ‚Beschaffenheit‘ der Problemkreise **müssen ergebnisoffen hinterfragt werden**: teilweise finden sich die ‚vulnerablen‘ Personenkreise durchaus in bildungs-affinen Umgebungen, teilweise nicht

Schlüsselfrage: kann man bzw. wie kann man aus einer „Angebots-Haltung“ zu einer pro-aktiven Ansprache finden, gemäß dem Slogan „Demokratie verteidigt sich nicht vom Lehnstuhl aus“?

3. **Nah-Ziel des TOPs:**

Einordnungen und Gemeinsamkeiten in der Bewertung feststellen. Eine Erörterung beginnen, die sich begründet fortführen lässt. Ideen sammeln und passende Strukturen für Aachen suchen. Die Reichweite der VHS als Plattform und Träger von Initiativen eingrenzen.

Weitere Gesichtspunkte zum Thema:

- „Angebots“-Schema allein funktioniert nicht hinreichend.
- Jugendliche aus bildungs-affinen Kreisen müssen erreicht werden, ebenso wie aus bildungs-fernen Kreisen.
- Austausch auf Augenhöhe mit pro-aktivem Respekt muss „Stil“ jeglicher Vorgehensweise sein.
- Den Diskussionsraum für völlig neue, bislang nicht gedachte oder sofort verworfene Ansätze öffnen. Die „Phänomene“ „Trump“, „RN“ (Frankreich), „Putin-Russland“, „Meloni/ Fd'I“ etc. haben Schnittmenge miteinander und leider mit sehr jungen Menschen um uns herum.

- Fristigkeit: ein Erfolgshorizont kann nur ebenso langfristig aufgezeigt werden, solange der Sachverhalt von langfristig eminenter Bedeutung für den Demokratieerhalt ist.
- Eine Abweisung von „Zuständigkeiten“ auf Landes- oder Bundesebene erlaubt sich NICHT, denn die Menschen, deren manipulierte Weltsicht Problem-Kern ist, leben immer ‚lokal‘ und sind ohne lokalen Ansatz nie wirksam zu erreichen.
- Nach wie vor stehen deutlich über 70% der Wahlbürger unseres Landes wie auch Europas zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung im Rechtsstaatsformat. Schön. Es kann also nicht sein (!), dass keine ‚humanen‘ Ressourcen aktivierbar sind, um an diesem Problem in Form als sinnvoll und machbar erkannter Maßnahmen lösend mitzuwirken – DASS muss aus der gemeinsamen Erörterung zumindest in Ansätzen hervorgehen.

Mit freundlichen Grüßen

Marcus Lube

Marcus Lube
VHS-politischer Sprecher der Fraktion DIE Zukunft

D. Szagunn

Dirk Szagunn
Sprecher der Fraktion DIE Zukunft